

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badener Tagblatt. 1896-1948 1946

83 (9.10.1946)

BADENER TAGBLATT



Erscheint mittwochs und samstags — Bezugspreis: Monatlich
1.30 RM, durch die Post 1.44 RM, durch Streifband 2 RM

Anschrift: Baden-Baden, Stefaniestraße 3 — Fernruf
Verlag 15 56, Schriftleitung 21 20, Postcheck Karlsruhe 14 137

NR. 83 / 2. JAHRGANG

St

BADEN-BADEN, MITTWOCH, DEN 9. OKTOBER 1946

PREIS 15 PFENNIG

Ein Freiheits- und Friedensmanifest

Die neue französische Verfassung / Heimstätte demokratischen Geistes

PARIS — Die französische Nationalversammlung hat mit 440 gegen 106 Stimmen die neue Verfassung angenommen. Das französische Volk wird am 13. Oktober Gelegenheit haben zu diesem Verfassungsentwurf Stellung zu nehmen.

Der Entwurf atmet ein echten demokratischen Geist wie er der Tradition der französischen Revolution würdig ist.

Seine Präambel lautet:
„Nach dem Siege, welchen die freien Völker über die Regierungssysteme davongetragen haben, die versucht hatten, die menschliche Persönlichkeit zu erniedrigen und zu versklaven, verkündet das französische Volk auf neue, daß jedes menschliche Wesen, ohne Unterschied der Rasse, der Religion und der Weltanschauung, unveräußerliche u. geheiligte Rechte besitzt. Es bestätigt feierlich, die Rechte und Freiheiten des Menschen und Staatsbürgers, so wie sie in der Erklärung der Menschenrechte von 1789 und in den von den Gesetzgebern der Republik anerkannten Grundprinzipien ihren endgültigen Ausdruck gefunden haben.“

Es erklärt ferner die folgenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Grundsätze als für unsere Zeit unentbehrlich.

Das Gesetz sichert der Frau auf jedem Gebiet die gleichen Rechte zu wie dem Manne.
Jeder wegen seines Eintretens für die Freiheit verfolgte Mensch hat Recht auf Asyl auf dem Gebiet der Republik.

Jeder hat die Pflicht zur Arbeit und das Recht auf Beschäftigung. Niemand darf in seiner Arbeit oder seiner Anstellung wegen seiner Abstammung, seines Glaubens oder seiner Weltanschauung geschädigt werden.

Jeder Mensch darf seine Rechte und Interessen durch gewerkschaftliche Tätigkeit wahrnehmen und derjenigen Gewerkschaft beitreten, die er wünscht. Das Streikrecht wird im Rahmen der einschlägigen Gesetze ausgeübt.

Jeder Arbeitende nimmt durch Vermittlung seiner Delegierten an der kollektiven Festsetzung der Arbeitsbedingungen ebenso wie an der Verwaltung der Unternehmungen teil.

Jeder besitzt, jede Unternehmung, deren Ausbeutung den Charakter eines öffentlichen nationalen Dienstes hat oder annimmt oder zu einem tatsächlichen Monopol wird, muß Eigentum der Gemeinschaft werden.

Die Nation garantiert dem Kind wie dem Erwachsenen die Gleichheit in Bezug auf den Zugang zum Studium, zur Berufsausbildung und zur Kultur. Die Einrichtung des öffentlichen kostenlosen und weltlichen Unterrichts auf allen Stufen ist Pflicht des Staates.

Die französische Republik paßt sich, ihrer Tradition getreu, den Vorschriften des Völkerrechts an. Sie wird keinerlei Eroberungskrieg unternehmen und niemals die Gewalt gegen die Freiheit irgend eines Volkes anwenden.

Unter dem Vorbehalt der Gegenseitigkeit ist Frankreich bereit, die für die Organisation und Aufrechterhaltung des Friedens notwendigen Beschränkungen seiner Hoheitsrechte zuzugestehen.

Frankreich bildet mit den Völkern von Übersee eine auf der Gleichheit der Rechte und der Pflichten beruhende Union ohne Unterschied von Rasse und Religion.

Seiner traditionellen Mission getreu, legt Frankreich Wert darauf, die Völker, für die es die Verantwortung übernommen hat, zu der Freiheit der Selbstverwaltung und zur demokratischen Gestaltung ihrer Angelegenheiten hinzuführen; es verwirft jedes auf der bloßen Willkür beruhende Kolonialsystem und garantiert allen den gleichen Zutritt zu den öffentlichen Funktionen sowie die individuelle und kollektive Ausübung der obenstehend verkündeten oder bestätigten Rechte und Freiheiten.

Einzelbestimmungen

Der erste Abschnitt behandelt die Bestimmungen über die Staatsgewalt, er lautet:

„Frankreich ist eine unteilbare, laizistische, demokratische und soziale Republik.“

Die Devise der Republik lautet: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.“

Ihr Grundprinzip ist: Regierung des Volkes für das Volk und durch das Volk.

Die Staatsgewalt liegt beim französischen Volk. Kein Teil des Volkes, noch irgend eine Einzel-

person kann sich die Ausübung der Staatsgewalt anmaßen.

In den Fragen der Verfassung übt das Volk die Staatsgewalt durch die Abstimmung seiner Vertreter und durch die Volksabstimmung aus.

In allen anderen Fragen übt es die Souveränität durch seine Abgeordneten in der Nationalversammlung aus, welche in allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Abstimmung gewählt werden.

Die folgende Abschnitte behandeln, das Parlament, den Wirtschaftsrat, die Bestimmungen über diplomatische Verträge, über den Präsidenten der Republik, den Ministerrat, die strafrechtliche Verantwortung der Minister.

Ihnen folgen Bestimmungen über die französische Union. Diese besteht einerseits aus der französischen Republik, welche sich aus dem französischen Mutterland und den überseeischen Departements u. Gebieten zusammensetzt. Andererseits aus den angeschlossenen Gebieten und Staaten.

Die Zentralorgane der französischen Union sind die Präsidentschaft, der hohe Rat und die Versammlung. Der Präsident der französischen Republik ist Präsident der französischen Union deren ständige Interessen er vertritt.

Der hohe Rat der französischen Union setzt sich unter dem Vorsitz des Präsidenten der Union zusammen aus einer Delegation der französischen Regierung und Vertretung, welche jeder der angeschlossenen Staaten beim Präsidenten der Union zu bezeichnen die Möglichkeit hat.

Er hat die Aufgabe die Regierung in der allgemeinen Führung der Union zu unterstützen. Die Versammlung der französischen Union setzt sich zur Hälfte aus Mitgliedern zusammen, die das französische Mutterland vertreten und zur anderen Hälfte aus Mitgliedern, welche die überseeischen Departements und Gebiete und die angeschlossenen Staaten vertreten.

Italiens Reparationen festgelegt

Besprechung der Außenminister

PARIS — Von den Kommissionen, die um die Wochenenden tagten, ist bei weitem die wichtigste die Wirtschaftskommission für Italien. In ihr wurden die Summen debattiert, die Italien den verschiedenen Ländern zu zahlen habe. Es kam zu lebhaften Debatten, zumal die Angelsächsen Albanien keine Entschädigung zuerteilen wollten. England hatte dagegen Äthiopien 25 Millionen und für Griechenland und Jugoslawien je 100 Millionen Dollar vorgeschlagen. USA wünschte eine Senkung um 20 Millionen Dollar auf Kosten Jugoslawiens. Der jugoslawische Delegierte protestierte heftig und erklärte den britischen Vorschlag für unannehmbar. Er verlangte ein Minimum von 400 Millionen Dollar. Da man sich nicht einigen konnte, kam es zu einer erregten Nachsitzung. Ein Vorschlag der polnischen Delegation, das ganze Problem der prozentualen Verteilung der Reparationsleistungen dem Rat der Außenminister zur Entscheidung zu überlassen, wurde jedoch trotz russischer Unterstützung mit 13 gegen 7 Stimmen abgelehnt.

Im Laufe der weiteren Debatte verlangte der australische Delegierte, daß die Reparationen, die Äthiopien erhalten solle, von 25 auf 35 Millionen Dollar heraufgesetzt werden müssen, weil Äthiopien das erste Land sei, das von den Faschisten angegriffen worden wäre. Schließlich wurde der Vorschlag Großbritanniens, der den Gesamtbetrag der von Italien zu entrichtenden Reparationsleistungen auf 225 Millionen Dollar festsetzte, mit 11 gegen 4 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. Frankreich, USA und Großbritannien stimmten mit „Ja“, die slawischen Länder mit „Nein“, Polen und Tschechoslowakei enthielten sich der Stimme.

Die militärische Kommission

Diese Kommission nahm ebenfalls in einer Nachsitzung den Bericht über den Vertrag mit Ungarn in seiner Gesamtheit einstimmig an; ebenso den Bericht über den Vertrag mit Finnland.

Auch die Wirtschaftskommission für die Balkanländer und Finnland hielt am Wochenende eine Nachsitzung ab. Nach lebhaften Diskussionen über den Artikel 30 des Vertrages mit Ungarn und

Ein weiterer Abschnitt enthält Bestimmungen über den höheren Rat der Magistratur. Dieser setzt sich aus 14 Mitgliedern zusammen, nämlich dem Präsidenten der Republik als Vorsitzenden, dem Justizminister als stellvertretenden Vorsitzenden, 6 Persönlichkeiten, welche für die Dauer von 6 Jahren von der Nationalversammlung mit Zweidrittelmehrheit außerhalb ihrer eigenen Mitglieder gewählt werden. Sodann 6 Persönlichkeiten welche auf folgende Weise bestimmt werden, 4 auf die Dauer von 6 Jahren gewählte hohe richterliche Beamte, von denen jeder eine der Kategorien hoher richterlicher Beamter unter denen von Gesetz festgelegten Bedingungen vertritt, sowie zwei vom Präsidenten der Republik für die Dauer von 6 Jahren außerhalb des Parlaments und der richterlichen Beamtenschaft, aber innerhalb der juristischen Berufe ausgewählte Mitglieder.

Der elfte und letzte Abschnitt enthält die Bestimmungen über die Verfassungsrevision.

Sie muß von der Nationalversammlung mit einem Beschluß der Mehrheit ihrer Mitglieder angenommen werden. Der oder die Artikel, die den Gegenstand der Revision bilden, müssen in der Entscheidung präzisiert sein. Die Entscheidung ist einer zweiten Lesung unterworfen, außer, wenn sie vom Rat der Republik ebenfalls mit absoluter Mehrheit angenommen wurde.

Der Gesetzentwurf über die Verfassungsrevision muß einer Volksbefragung unterzogen werden, außer wenn er von der Nationalversammlung in zweiter Lesung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder oder von jeder der beiden Kammern mit Mehrheit von drei Fünfteln angenommen wurde.

Keine Verfassungsänderung, welche sich auf den Bestand des Rates der Republik bezieht, kann angenommen werden, ohne daß dieser selbst zustimmt oder daß das Verfahren des Volksentscheids befolgt wird.

stundenlangen Debatten über den Artikel 22 des Vertrages mit Finnland und langwierigen Erörterungen über die wirtschaftliche Lage Finnlands wurden schließlich die betreffenden Bestimmungen mit 9 gegen 4 Stimmen angenommen. Schließlich fanden auch die Artikel 23 und die vier letzten Paragraphen des Artikels 24 ebenso wie der Artikel 25, der sich auf die deutschen Guthaben in Finnland bezieht, einstimmige Billigung.

Sitzung des Rats der Außenminister

Der Rat der Außenminister hielt letzte Woche eine Sitzung ab. Es nahmen an ihm teil: Molotov, Bevin, Byrnes, Couve de Murville und Fouques-Duparc; der chinesische Außenminister Wang Shi Schieh war nicht anwesend. Die Besprechungen gingen in einer völlig entspannten Atmosphäre vor sich. Es galt in der Hauptsache festzustellen, in welcher Art und Weise die Vollsitzungen der Pariser Konferenz gehandhabt werden sollen.

Die Berichte der verschiedenen Kommissionen hinsichtlich der Verträge sollen in folgender Reihenfolge diskutiert werden: politische, militärische wirtschaftliche Fragen. Es wird über jeden Vertrag als Ganzes diskutiert werden und jeder Delegation wird eine halbe Stunde Zeit zwecks Darlegung ihres Standpunktes zur Verfügung stehen.

Keiner Delegation steht das Recht zu, neue Änderungsanträge zu stellen.

PARIS — Die Friedenskonferenz trat am Sonntag, den 6. Oktober zu einer Vollsitzung zusammen, um den von dem Rat der Außenminister vorgeschlagenen Geschäftsordnungsplan anzunehmen, der es der Konferenz ermöglichen soll, ihre Aufgabe bis zum 15. Oktober zu beenden. Nach langen Debatten über technische Einzelheiten und Begriffsdefinition wird der Geschäftsordnungsplan angenommen.

Neue englische Minister

LONDON — Die Umbildung des englischen Kabinetts wurde amtlich bekanntgegeben. Alexander hat den neu geschaffenen Posten des Landesverteidigungsministers erhalten, während Noel Baker zum Luftfahrtminister ernannt worden ist. Das amtliche Kommuniqué gibt zunächst den Rücktritt des Kriegsministers Lawson, des Ministers für Zivilflugfahrt Lord Winster und des Luftfahrtministers Stangate bekannt.

Alexander ist zunächst Minister ohne Portefeuille; er wird jedoch die Funktion des Verteidigungsministers übernehmen, sobald das Parlament seine Zustimmung gegeben hat. Alexander ist 61 Jahre alt und Ingenieur von Beruf. Seit 1920 ist er Mitglied der Arbeiterpartei.

Noel Baker ist 57 Jahre alt und gehört zum Kreis der „Intellektuellen“ innerhalb der Arbeiterpartei. Als Sohn eines Abgeordneten nahm er 1919 als englischer Delegierter an der Pariser Konferenz teil und fungierte anschließend als Mitglied der ständigen britischen Delegation in Genf.

Gleichzeitig mit der Bekanntgabe der Regierungs-umbildung veröffentlichte die britische Regierung ein Weißbuch, in dem mitgeteilt wird, daß der Landesverteidigungsminister von nun an vor dem Parlament für alle Fragen verantwortlich sein wird, die sich auf die drei Kategorien der bewaffneten Streitkräfte und ihre Ausrüstung beziehen. Er wird stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsrats und er selbst fungiert als Vorsitzender bei bestimmten Sitzungen der drei Generalstabschefs. Weiter gibt das Weißbuch bekannt, daß anstelle des bisherigen Empire-Verteidigungsrats ein Verteidigungsrat treten wird, dem der Ministerpräsident, der Lordpräsident, der Landesverteidigungsminister, der Außenminister, der Schatzkanzler, der Kriegsminister, der Marine- und Luftfahrtminister, der Arbeitsminister und der Versorgungsmi-nister angehören. Die Generalstabschefs sind zur Teilnahme eingeladen.

Pressefreiheit

Was wir unter Pressefreiheit verstehen, wurde am 27. August 1789 in Paris als Artikel neun der „Erklärung der Menschenrechte“ verkündet. Es heißt dort: „Die freie Mitteilung seiner Gedanken und Meinungen ist eines der kostbarsten Rechte des Menschen. Jeder Bürger darf sich also durch Wort, Schrift und Druck frei äußern; für den Mißbrauch dieser Freiheit hat er sich in allen durch das Gesetz bestimmten Fällen zu verantworten.“

Die moderne Pressefreiheit gehört zu den unabdingbaren Grundrechten der Demokratie. Würde man sie aus dem demokratischen Konzept herausbrechen, so verfälschte man dieses grundsätzlich.

In den großen Demokratien des Westens braucht man über diese Dinge kein Wort zu verlieren. Sie sind in jahrhundertelanger Übung selbstverständlicher Bestandteil des öffentlichen Lebens geworden. Bei uns und heute, wo wir eben versuchen, die ersten Schritte auf dem ungewohnt gewordenen Boden demokratischen Lebens zu unternehmen, lohnt sich ein Wort darüber. Mehr noch! Es ist von Zeit zu Zeit notwendig, sollen wir auch mit der Pressefreiheit etwas vernünftiges anzufangen wissen.

Das demokratische Grundbewußtsein der westlichen Staaten hat den Besitz der Pressefreiheit bis zu einem Stolz entwickelt, der zwar zwei grundsätzlich verschiedene politische Auffassungen in aller Klarheit und, wenn nötig, sachlichen Schärfe gegeneinanderstellt, der aber in dem Augenblick jeden Gegensatz auslöscht, wo irgendjemand — eine Privatperson oder eine Behörde etwa, ja selbst die Staatsführung — sich unterfangen wollte, die eine der beiden Meinungen aus welchen Gründen auch immer zu unterdrücken.

Das wird bei uns heute nicht jeder verstehen. Man wird täglich darauf hingewiesen, daß unsere Presse unter der Aufsicht oder Leitung der Alliierten Militärregierung steht. Die ganz Gescheiten meinen sogar, die Besatzungsmächte gäben als demokratisch aus, was im Grunde etwas ganz anderes sei. Aber diese Gescheitheit reicht leider nicht über die primitive Alltätlichkeit nachgesprochenen Plathheiten hinaus. Sie müßte sich sonst längst gesagt haben, daß wir noch immer im Zustand der „bedingungslosen Kapitulation“ leben. Dessen — und nur dessen Folge ist die — nennen wir es einmal — Zeitungskontrolle, über deren zwar unerwünschte, leider aber nun einmal vorerst unvermeidliche Notwendigkeit sich die Zeitungsleute auf beiden Seiten, der der Besatzungsmächte wie der unseren, im Grunde einig sind. Ebenso einig sind wir uns aber darüber, daß das Maß der möglichen und zugelassenen öffentlichen Aussprache in Deutschland schon heute einen Umfang besitzt, wie ihn die „Meinungssteuerung“ der Hitler-Zeit doch unbestritten überhaupt nicht gekannt oder auch nur gewünscht hat. Die fortschreitende Auflockerung der derzeit noch eingetragenen Pressefreiheit hängt aber zweifellos entscheidend davon ab, wie schnell und wie gut wir es lernen, unsere eigenen Interessen Belange wirklich demokratisch zu ordnen. Das ist weniger eine technische, als eine Frage der inneren Haltung. Solange wir uns nicht vernünftig unterhalten, sondern vorziehen, den anderen zu diffamieren, kann dieser Zustand allerdings noch nicht als erreicht gelten.

Es wäre heute der deutschen Presse viel lieber und es läge viel näher, wenn die deutsche Öffentlichkeit wenigstens von dem ihr gegebenen Maß der Pressefreiheit praktisch jenen ausgiebigen Gebrauch machte, der ihr zusteht, statt sich nutzlos in prinzipiellen Erwägungen und daraus abgefilterten Ressentiments zu ergehen. Sie kann nämlich nur so verstehen lernen, was letztlich eine wirkliche demokratische Pressefreiheit bedeutet.

Das sind, um mit dem Harmlosesten zu beginnen, jene zahllosen Menschen, die einmal einen persönlichen Ärger zu Papier bringen, dann an eine Zeitung schicken und damit erwarten, nun sofort gedruckt zu werden. Andernfalls — so behaupten sie — will ihnen entweder „ihre“ Zeitung nicht wohl oder diese stehe gar im direkten Solde undemokratischer Stellen, Personen oder Tenden-

Meldungen aus aller Welt

LAKE SUCCESS: Der Wirtschafts- und Sozialrat der UNO nahm den amerikanischen Vorschlag an, im kommenden November in Wien die Zusammenkunft einer internationalen Konferenz einzuberufen, die die Freigabe der Donau für den freien internationalen Warenverkehr vorbereiten soll.

LONDON: Deutsche Vertreter werden an der Hundertjahrfeier der evangelischen Weltkirchenvereinigung teilnehmen, die in diesem Monat in der britischen Hauptstadt stattfindet.

Die deutschen Abgeordneten sind: Dr. Paul le Soeur von der lutheranischen Kirche und Pastor Scholz. Außerdem werden Vertreter aus Dänemark, der Schweiz, Norwegen, Frankreich und Finnland an dieser Feier teilnehmen.

PARIS: Das neue Wahlgesetz ist von der verfassunggebenden Versammlung am Freitag, den 3. Oktober, nachmittags, mit 295 gegen 245 von 540 abgegebenen Stimmen in dritter Lesung angenommen worden.

WIEN: Die von den Alliierten nach der Befreiung Österreichs angeordnete inländische Briefzensur wurde aufgehoben.

ANKARA: Der türkische Ministerrat hat die Antwortnote gebilligt, die von der türkischen Regierung in Erwiderung der zweiten sowjetischen Note über die Meerengen an die UdSSR gerichtet werden wird. Es heißt, daß in dieser Antwort die Punkte 4 und 5 der sowjetischen Note, die sich mit der ausschließlichen Zuständigkeit der Uferstaaten des Schwarzen Meeres für den Abschluß einer neuen Konvention und für die gemeinsame Verteidigung der Meerengen befassen, kategorisch abgelehnt werden, dagegen „würde die Türkei zweifelsohne nichts dagegen einzuwenden haben, wenn die Frage, ob die Türkei die Bestimmungen der Konvention von Montreux während des Krieges gewissenhaft beachtet hat, einem Schiedsgericht zur Entscheidung unterbreitet würde“.

Rede Churchills zur Politik der Arbeiterpartei

BLACKPOOL — Winston Churchill hielt in Blackpool eine Rede vor einer Massenversammlung der Konferenz der konservativen Partei. Nachdem Churchill die Hauptthemen der Außenpolitik der USA wärmstens begrüßt hatte, vor allen Dingen er, daß die feste und unveränderte Europapolitik Amerikas das Hauptbollwerk des Friedens der Welt darstelle. Churchill fuhr fort: „Wir würden es ebenso begrüßen, unsere während des Kriegs bestehende Freundschaft mit dem sowjetrussischen Volk und der Sowjetregierung aufrecht zu erhalten, wenn diese uns dazu die Möglichkeit gäben.“ Churchill kritisierte dann schärfstens die Politik der Labourregierung bezüglich Indiens. Er sagte: „Es war unser Wunsch, Indien den Status eines Dominions zu geben, aber die Art mit der die sozialistische Regierung dieses Problem behandelte, hat den großen Massen des indischen Volkes kaum eine andere Wahl gelassen, als sich von der britischen Krone zu trennen, die sie so lange vor inneren Unruhen und dem Eindringen anderer Mächte bewahrt hat.“

Die jetzt von den Engländern geschaffene indische Einheit werde schnell großem Elend und Blutvergießen Platz machen. Trotz unseres großen, unvergleichlichen, freiwilligen Verzichtes — fuhr Churchill fort — wird uns doch fortwährend von unfreundlichen Elementen vorgeworfen, wir seien eine landhungrige Macht, die auf Expansion bedacht sei. Es sei erstaunlich, daß die britische

Regierung hierauf keine wirksame Antwort erteilt habe und daß es Feldmarschall Smuts überlassen geblieben wäre, seine Stimme für Großbritannien zu erheben.

Churchill schloß seine Rede mit den Worten: „Bei den nächsten Wahlen werde es eine Teilung zwischen denen geben, die wie die Sozialisten, bei der ersten Parlamentsitzung der neuen Regierung, die „Rote Flagge“ sangen und denen, die zu der alten Nationalhymne stehen.“

Noel Baker antwortet Winston Churchill

PERTH — Der neue britische Luftfahrtminister Noel Baker antwortete auf die Rede Winston Churchills in Blackpool. Er sagte: Bei jeder Nachwahl wird es ganz offenkundig, die Wähler die Ansichten Churchills über die Tätigkeit der Labourregierung nicht teilen. Ich habe eben in New York Gelegenheit gehabt, mit einem sehr angesehenen indischen Nationalisten zu sprechen, der mir erklärte, die Maßnahme der britischen Regierung, durch die das indische Volk die Möglichkeit habe, sein Schicksal selbst zu bestimmen, sei eine der größten Taten der Geschichte der Menschheit.

Wir wollen unser Werk fortsetzen. Wir glauben, wenn wir in den kommenden Wahlen wieder den Sieg davontragen, werden wir in der Lage sein, unserem Land und auch der ganzen Welt ein neues System zu schenken, in dem alles, was das Leben verbittert, ausgemerzt werden soll.

zen. Geht diese Sache nun aber nicht nach dem Wunsch der Einsender, so halten sie sich für berechtigt, daraus oppositionelles Kapital zu schlagen. Mag das auch nur, dem Anlaß gemäß, ein kleines Sparsümmchen grundloser Verärgerung sein — es wird dadurch nichts gebessert, nur verschlimmert.

Was sich hier im kleinen täglich abspielt, erhält auf der Ebene der zeitungspolitischen Auseinandersetzung schon ein ganz anderes Gewicht. Es ist ja eine ebenso verwunderliche wie im Grunde verständliche Erscheinung, daß der besterzogene Mensch, der bei sich zuhause niemals ein verletzendes Wort lautwerden läßt, in dem Augenblick um hundertsachtzig Grad gewendet erscheint, wenn er „nach draußen“ spricht. Demokratie heißt Maß, Toleranz. Zur Toleranz gehört Verständlichkeit. Zwei können über eine Sache von ganz verschiedenen Seiten aus völlig gegensätzliche Ansichten haben. Hören sie sich bei uns auch nur an? Bekommen sie nicht sehr oft sofort Schreianfälle? Spannen sie die Stimmbänder nicht sofort zum Zerreißen? Und meinen, so könnten sie den anderen überschreien, statt ihn vernünftig zu überzeugen? Die Atrophie des gegenseitigen Vertrauens in die eigene Meinung beherrscht sie unversehens, denn wie wäre es sonst möglich — um nur einen ganz bescheidenen konkreten Fall zu erwähnen, daß eine von der eigenen abweichende politische Ansicht mit Schimpfwörtern bedacht wird, daß man den Vertreter des anderen Standpunktes, er mag so sachlich wie möglich sein, mindestens als „Klaffer“, wenn nicht als Schlimmeres bezeichnet?

Es ginge bestimmt auch anders, weniger unsachlich, mit mehr Vertrauen auf das eigene Anliegen. Aber die Furcht vor der sachlichen öffentlichen Diskussion liegt uns Deutschen offenbar noch schwer in den Gliedern. Wir neigen ja leider ohnedies zu persönlicher Verunglimpfung, zumal im öffentlichen Leben, wo Aussprüche eine gute Basis, übrigens die einzig zuverlässige, sein würde. Die Abneigung gegen die öffentliche Behandlung öffentlicher Fragen beherrscht ja auch seit altersher — und heute nicht weniger als früher — weite Kreise unseres Behördenapparats. Sicher gibt es Dinge und Fragen, die im Stadium des Werdens zweckmäßig noch nicht für jeden bestimmt sind. Dafür hat man das Schutzmittel der vertraulichen Besprechung. Nicht einzusehen bleibt indessen, weshalb man zu ihnen nicht wenigstens grundsätzlich die Presse zuläßt, die — erweist man ihr dieses eigentlich selbstverständliche Mindestmaß von demokratischem Vertrauen — sowieso gar nicht so unverständlich ist, um Indiskretionen zu „Schlagzeilen“ umzuwerten. Aber es kommt eben auch hier auf die Übung an, und solange diese nicht von den Behörden allgemein anerkannt wird, wird die Presse auch hier um ihre, d. h. nämlich um die Freiheit der Meinung des Volkes kämpfen, deren Institutionen ja schließlich alle Verwaltungsstellen sind oder mindestens sein sollten. In einer (werdenden) Demokratie wenigstens!

Die Pressefreiheit umschließt natürlich — falls das zu sagen wirklich notwendig ist — auch die Möglichkeit des Irrtums auf ihrer eigenen Seite. Das Verantwortungsbewußtsein der Männer, die die Presse gestalten, ist ununterbrochen auf die härteste Probe gestellt. Unterläßt ihnen dennoch, da wir alle Menschen sind, ein Fehler, so gehört es zum öffentlichen Anstand, bewiesene Fehler zu verbessern. Auch das ist eine Binsenwahrheit, die aber ausgesprochen werden muß, weil Parteilichkeit sie manchmal zu ignorieren scheint. Weit mehr scheint es nach unserer Meinung aber dem öffentlichen Leben zuträglich, wenn verschiedene Ansichten erst einmal von Mann zu Mann besprochen werden, ehe man sie gedruckt unter die Öffentlichkeit streut. Dadurch lassen sich viele Fehler ausmerzen, dem öffentlichen Meinungsaustausch viele vermeidliche Schönheitsflecken von vornherein nehmen. Und im Grunde ist es mit der Pressefreiheit so einfach, wenn sich alle Teile immer nur eines vor Augen halten wollen, auch wenn's aus Gründen des Temperaments manchmal schwerfällt: Erst denken, dann reden! Dr. H. Fuldner

Nürnberger Prozeß-Nachklänge

NÜRNBERG — Fritzsche und Schacht werden solange in Freiheit bleiben, bis die Verhandlungen gegen sie vor einer Spruchkammer stattfinden werden, gab die amerikanische Militärregierung für Bayern in München heute bekannt. Die Militärregierung erklärte ferner, daß Schacht und Fritzsche, falls sie es wünschen sollten, den Schutz der deutschen Polizei in Anspruch nehmen können. General Walter Müller, der Militär-Gouverneur von Bayern, ordnete an, daß Schacht und Fritzsche, die sich in Nürnberger Privatwohnungen befinden, bis auf weiteres nicht verhaftet werden können. Der Sicherheitsoffizier der Nürnberger Militärregierung und der Nürnberger Polizeipräsident begaben sich zu Schacht und teilten ihm mit, daß der verhängte Hausarrest aufgehoben ist und er sein Haus nunmehr verlassen kann. Die Militärregierung werde ihm jeden notwendigen Schutz gegen Tötlichkeiten von Seiten des Volkes gewähren.

Der bayerische Minister für Sonderaufgaben, Dr. Pfeiffer, hat an den öffentlichen Ankläger der Nürnberger Spruchkammer I folgendes Telegramm gerichtet: „Einleitung und Durchführung des Verfahrens gegen Schacht, Papen und Fritzsche obliegt dem öffentlichen Kläger der zuständigen Spruchkammer für diesen politischen Großfall. Zur Vorbereitung unterstützende Mitwirkung des Generalanklägers gegeben. Als zuständige Spruchkammer kommt nur die Nürnberger Kammer I in Frage.“

Frau Jodl hat am Freitag nachmittag durch Funktelegramm einen Appell an Präsident Truman gerichtet, worin sie ihm die Angelegenheit ihres Gatten nahelegt. Folgende vom Nürnberger Gerichtshof zum Tode Verurteilten haben Gnadengesuche eingereicht: Frank, Sauckel, Streicher, Frick, Rosenberg, Jodl, Göring, Ribbentrop, Seydewitz, Keitel, Neurath, Heß, Dönitz und Funk, die zu Freiheitsstrafen verurteilt worden sind, haben ebenfalls Gnadengesuche eingereicht. Die Verteidiger der verurteilten Organisationen der SS, der Gestapo und des Sicherheitsdienstes beantragten Revision des Urteils.

Einer der Erzberger-Mörder verhaftet

FRANKFURT — Heinrich Schultz, einer der beiden Mörder des früheren Reichsministers Mathias Erzberger, wurde von den amerikanischen Behörden verhaftet. Schultz, der SS-Obersturmbannführer war, befand sich in einem Kriegsgefangenenlager in der Nähe von Frankfurt am Main.

100 000 polnische Rückwanderer

HAMBURG — Über 100 000 polnische Rückwanderer werden in der nächsten Zeit in der britischen Zone Deutschlands über ein Durchgangslager in Stettin wieder in die Heimat zurückkehren. Die Vorbereitungen werden bereits vom polnischen Rückwandereramt in Stettin abgeschlossen. Aus einem Durchgangslager der UNRRA, das in Stettin errichtet wurde, erhalten die Rückkehrer Lebensmittelpakete für 60 Tage.

Künftige Währungen werden diskutiert

Die neuen Mitglieder der Weltbank

hfg WASHINGTON — In Washington haben die Finanzminister und Notenbank-Präsidenten der Vereinten Nationen eine Woche lang über die Arbeit des Währungsfonds und der Weltbank verhandelt. Zum Vorsitzenden des Rats beider Institute wurde der britische Schatzkanzler Hugh Dalton gewählt, während Frankreich, USA, China und Indien die stellvertretenden Vorsitzenden stellten.

Die Sowjetunion, welche an der Gründung der beiden Institute 1944 beteiligt war, hat auf mehrfache Einladungen zur Teilnahme an dieser ersten Jahrestagung nicht reagiert. Sie müßte sich bis Ende 1946 bereit erklären, die Satzungen der beiden Institute anzunehmen, wenn sie Mitglied werden will.

Der Direktor des Welt-Währungsfonds, der Belgier Camille Gutt, hat im Namen der Verwaltung die Erklärung abgegeben, daß im Augenblick für die meisten Währungen noch keine Stabilisierung möglich wäre. Dafür wären die Erzeugung vieler Länder und ihr Außenhandel noch viel zu gering. Außerdem machen sich überall, nicht zuletzt auch in den Vereinigten Staaten, Inflationsentwicklungen bemerkbar. Die Ursache derselben seien vielfach die hohen Rüstungsausgaben.

Der Währungsfonds hatte Mitte September die Mitgliedsländer zur Bekanntgabe ihrer Währungsparität gegenüber dem Dollar oder dem Gold aufgefordert. Das bedeutet, daß man praktisch eine Rückkehr zu einer Art Goldstandard beabsichtigt. Gleichzeitig wird bekannt, daß der Fonds auch versuchen wird, eine Stabilisierung des Silberpreises und seine feste Verbindung mit dem Goldpreis zu erreichen.

Anfang 1947 will der Währungsfonds seine Tätigkeit aufnehmen und zwar zunächst nur für diejenigen Währungen, welche bereits als stabil gelten können. Das sind der Dollar der Vereinigten Staaten und Kanadas, das Pfund Sterling, sowie die schwedische Krone und der schweizer Franken. Nach der wirtschaftlichen Belebung und Gesundung der anderen Länder werden auch deren Währungen in die Tätigkeit des Fonds einbezogen werden. Es ist das Ziel des Fonds, die bisherigen schwarzen Devisenmärkte in der Welt zum Verschwinden zu bringen.

Der amerikanische und der britische Schatzkanzler haben feierlich erklärt, daß die Währungen ihrer Länder, also Dollar und Pfund, nicht abgewertet werden und daß ihr gegenseitiges

Kursverhältnis den stabilen Grundstein für das künftige Währungsgebäude der Welt bilden werde.

In Washington hat der Vertreter Frankreichs, Finanzminister Robert Schuman, erklärt, daß Frankreich die gegenwärtige Dollarparität seiner Währung ebenfalls aufrecht erhalten möchte. Damit würde sich Frankreich in den grundlegenden Block des künftigen Währungssystems der Welt ohne weiteres einordnen.

Während der Tagung in Washington haben der Währungsfonds und die Weltbank vier neue Mitglieder aufgenommen und zwar Italien, die Türkei, Syrien und Libanon. Italien ist das erste ehemalige Feindland, welches den beiden Instituten angehört. Sein Kapitalanteil wurde auf 180 Mill. Dollar festgesetzt, derjenige der Türkei auf 33 Mill., Syriens Anteil auf 65 Mill. und Libanons Anteil auf 45 Mill. Dollar. Die Kapitalbeteiligung Frankreichs ist gleichzeitig von 450 auf 525 Mill. Dollar erhöht worden.

Die Weltbank, die ein gezeichnetes Kapital von 10 Milliarden Dollar hat, wird jetzt zunächst über Kreditgesuche in Höhe von 1515 Mill. Dollar zu entscheiden haben. Den größten Betrag, nämlich 600 Mill. Dollar, hat Polen für die Finanzierung seines Wiederaufbauplans verlangt. Frankreich hat zunächst einen Betrag von 500 Mill. Dollar gefordert, der aber noch erhöht werden dürfte. Ferner wünschen die Tschechoslowakei 375 Mill. und Chile 40 Mill. Dollar.

Die Weltbank wird 80 vH der zu gewährenden Wiederaufbaukredite aus Mitteln finanzieren, welche sie sich durch Ausgabe von Schuldverschreibungen beschafft. Auf diese Weise brauchen die Mitgliedsstaaten nur 20 v. H. des von ihnen gezeichneten Kapitalanteils tatsächlich aufzubringen. Der Zinssatz, zu dem die Bank ihre Kredite ausleiht, wird zwischen 1 und 1 1/2 vH liegen.

Auf der Tagung kam immer wieder zum Ausdruck, daß die Beseitigung der Handelschranken zwischen den Ländern und die Steigerung der landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugung aller Länder die unerläßliche Voraussetzung ist für die Stabilisierung der Währungen. Es wird also noch viel Aufbaubarbeit in der ganzen Welt nötig sein, bevor der internationale Währungsfonds und die internationale Wiederaufbaubank diejenigen Erfolge haben werden, die man bei ihrer Errichtung im Jahr 1944 erwartet hat.

Vierzonen-Aufbauprogramm

Die 10 Punkte der Bremer Interzonen-Konferenz — Vierzonen-Verbindungsstelle vorgeschlagen

BREMEN — Unter Vorsitz des Bremer Senatspräsidenten Bürgermeister Wilhelm Kaisen hat hier ab 4. Oktober eine wichtige Interzonenkonferenz stattgefunden, an welcher die Chiefs der Länder und der freien Städte der amerikanischen und britischen Zone teilgenommen haben. Die Konferenz faßte wichtige Entscheidungen über die Aufbauarbeit in allen vier Zonen, wenn auch der Schwerpunkt ihrer praktischen Arbeit bei den Fragen zu suchen ist, welche sich aus der wirtschaftlichen Verschmelzung der amerikanischen mit der britischen Zone ergeben.

In einer Entschließung wurde festgestellt, daß die bisher gebildeten fünf gemeinsamen Verwaltungen für Wirtschaft, Ernährung und Landwirtschaft, Finanzen, Verkehrswesen, sowie Post-Fernmeldewesen von Verwaltungsausschüssen geleitet werden, denen je 3 Mitglieder und je 3 Stellvertreter der beiden Zonen angehören. Während die Mitglieder der amerikanischen Zone den Leitern der obersten Landesbehörden (Minister oder Staatssekretäre) und ihren Landtagen verantwortlich sind, wurden bisher die Vertreter der britischen Zone von der britischen Militärregierung ernannt. Überwiegend wurden von dieser hierzu die Vertreter der Zentralverwaltungen und nicht der Landesverwaltungen der britischen Zone bestimmt. Um eine gleichmäßige politische Verantwortung der Vertreter beider Zonen sicherzustellen, sind die Regierungschefs beider Zonen einmütig der Auffassung, daß auch die britische Zone in diesen Ausschüssen künftig ausschließlich durch politische verantwortliche Fachminister vertreten sein soll. Darüber hinaus erscheint es geboten, daß die fünf Verwaltungsausschüsse auch einer demokratisch-parlamentarischen Überwachung unterstehen. Diese Überwachung soll durch Beiräte ausgeführt werden, die sich aus Mitgliedern der Landtage zusammensetzen.

Ferner hat die Konferenz den Militärregierungen die Schaffung einer Zonenverbindungsstelle für alle Besatzungszonen vorgeschlagen. Aufgabe einer solchen Stelle wäre, den Austausch von gesetzgeberischen und Verwaltungsmaterialien zu organisieren, alle Bemühungen zur Wiederherstellung der Rechtseinheit zu unterstützen und den inneren Zusammenhang im kulturellen Leben zu fördern.

Dr. Schacht festgenommen

STUTTGART, 7. Okt. Dr. Schacht, der sich auf Schloß „Katharinenhof“ bei Oppenweiler befand, wurde am Montag nachmittag auf Grund eines Haftbefehls des württembergischen Staatsministeriums festgenommen und in ein Gerichtsgefängnis in Stuttgart gebracht.

Dr. Schacht protestierte gegen seine Festnahme durch die Kriminalbeamten. Er werde sich für ihn zuständigen Nürnberger Spruchkammer zur Entnazifizierung zur Verfügung stellen.

Berliner Polizei neuorganisiert

BERLIN — Die Berliner Polizei wird auf Befehl der alliierten Kommandantur neu organisiert werden. Ab 15. Oktober wird in jedem Sektor der Stadt ein eigener Polizeichef der betreffenden Militärregierung verantwortlich sein. Die vier Polizeichefs der Sektoren unterstehen dem Polizeipräsidenten von Berlin.

Lebensmittelversorgung Deutschlands durch neutrale Länder?

WASHINGTON — Der englische Kanzler Hugh Dalton soll dem Sekretär des Schatzamtes, Snyder, während einer Besprechung den Plan dargelegt haben, die neutralen Länder aufzufordern, zur Nahrungsmittelversorgung Deutschlands beizutragen.

Der Sekretär des Schatzamtes der USA wird wahrscheinlich Byrnes bei seiner Rückkehr von der Friedenskonferenz hierüber befragen, während Dalton sich in der gleichen Angelegenheit mit dem englischen Außenminister beraten wird. Die Schweiz, Argentinien und Schweden wären gegebenenfalls die zur Lebensmittelversorgung Deutschlands aufgerufenen Länder.

10. Großzügige Verkehrsankommen und Transportverträge für die Land- und Wasserwege.

Das 10-Punkte-Programm ist aufgestellt auf Grund der sehr ernsthaft zu bewertenden Erfahrungen, welche im bisherigen Verlauf der Wiederaufbauarbeit gemacht worden sind. Sie stellen ein Mindestprogramm dar und zeigen den Weg, auf dem die Errichtung der Wirtschaft vermieden werden kann.

Einheitliche Denazifizierung

BREMEN — Die lebhafteste Auseinandersetzung am ersten Tage der Interzonenkonferenz führte am Sonnabendvormittag zu folgender Entscheidung in der Frage der Denazifizierung:

„Zur Ausgleiche der politischen Säuberung in allen Besatzungszonen beschließt die Konferenz, einen Ausschuss aus je einem Vertreter der Länder einzusetzen. Der Ausschuss hat die Aufgabe, den Länderchefs innerhalb vier Wochen Vorschläge über eine Vereinheitlichung der politischen Säuberung vorzulegen. Die Vertreter sind dem Generalsekretär des Länderrates nominiert zu machen.“

Hugenberg verhaftet

KASSEL — Der frühere Vorsitzende der Deutschen Nationalen Volkspartei, Alfred Hugenberg ist in Bielefeld auf Anordnung der britischen Militärregierung verhaftet worden. Hugenberg war Mitglied des ersten Kabinetts Hitlers.

Auskunft über Gefallene oder Vermisste

BERLIN — Die mehr als 16 Millionen Namen enthaltene Registratur der ehemaligen „Wehrmachts-Auskunftstelle“ für Kriegsverluste und Kriegsgefangene ist jetzt in Frohnau im französischen Sektor Berlins untergebracht worden. Durch diese Auskunftsstelle können die nächsten Angehörigen näheres über Gefallene oder Vermisste der ehemaligen deutschen Wehrmacht erfahren. Die genaue Anschrift lautet: Abwicklungsstelle deutsche Dienststelle für Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht, Berlin-Frohnau, Hubertusweg.

Zwanzigtausend Teilnehmer in Fulda

FULDA — Rund zwanzigtausend Personen nahmen, wie das Diözesan-Jugendamt jetzt mitteilt, an den „Fuldaer Jugendtagen 1946“ teil. Auch aus der britischen und sowjetischen Zone waren Jugendliche erschienen.

Im Rahmen der Jugendtage gab der bekannte Dichter Dr. Leo Weismantel einen Ausschnitt seines Lebens und las aus seinen bisher unveröffentlichten Werken. Ferner hielt er vor zweihundert Lehrern und Lehrerinnen ein Referat über die Probleme der heutigen Erziehung und würdigte insbesondere die Bedeutung des Laienspiels für Schulen.

Jugendamnestie in Bayern in Kraft

MÜNCHEN — Die Jugendamnestie trat am 6. September in Bayern in Kraft. Somit gelten für alle Jugendlichen in Bayern, die nach dem ersten Januar 1919 geboren sind, ab sofort folgende Bestimmungen: fällt der Betroffene nicht in die Gruppe I oder II der Anlage zum Säuberungsgesetz und besteht kein Verdacht, daß er Hauptschuldiger oder Belasteter ist, so hat der öffentliche Ankläger das Verfahren einzustellen. Ist der Befragte nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme nicht in die Gruppe I oder II einzureihen, so hat die Kammer das Verfahren einzustellen. In allen Fällen, in denen der Betroffene bereits rechtskräftig in die Gruppe der Minderbelasteten oder Mitläufer eingereiht wurde, hat der öffentliche Ankläger dem Minister für politische Befreiung die Entscheidung zur Aufhebung des Verfahrens vorzulegen. Jugendliche, die nach vierjähriger Mitgliedschaft in der Hitlerjugend in die NSDAP überwiesen wurden, können von dem für sie geltenden Beschäftigungsverbot befreit werden, wenn der öffentliche Ankläger die Einreihung der Betroffenen in die Gruppe der Minderbelasteten beantragt hat.

Vorschlag für deutschen Länderrat

BREMEN — Die Interzonenkonferenz in Bremen beschloß eine Resolution an den alliierten Kontrollrat zu richten, die den Vorschlag zur Gründung eines deutschen Länder- und Volksrats enthalten soll.

Illerbrücke stürzte ein

KEMPTEN — Bei einem Kinderfest, zu dem über 1000 Kinder aus Kempten und Umgebung erschienen waren, stürzte plötzlich die etwa 60 Meter lange Holzbrücke ein. Zahlreiche Kinder und Erwachsene stürzten dadurch in den Fluß. Trotz der sofort einsetzenden Rettungsaktion gelang es nicht, alle Verunglückten zu bergen. Vier Kinder konnten nur noch als tot geborgen werden, indes rund 190 Kinder und Erwachsene als leicht- und schwerverletzt gemeldet wurden. Es ist zu befürchten, daß die Zahl der Todesopfer noch zunimmt.

Zur Wahl der Kreisversammlung

Das Bad. Ministerraum des Innern teilt uns folgendes mit:

Am Sonntag, den 13. Oktober 1946, in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 18 Uhr abends finden, wie bereits bekanntgegeben, in der gesamten französischen Zone die Wahlen zu den Kreisversammlungen statt. Diesen Wahlen kommt in mehrfacher Hinsicht eine besondere Bedeutung zu. Einmal stellt sie die zweite Stufe im politischen Aufbau eines neuen demokratischen Staatswesens von unten her dar, nachdem am 15. September die Gemeindevahlen vorangegangen sind. Zum Zweiten sind es in Baden die ersten Wahlen eines Verwaltungsorgans für unsere Kreise, die als Selbstverwaltungskörper in ihrer jetzigen Gestalt erst im Jahr 1939 ins Leben gerufen wurden, und die unter der Herrschaft des Nationalsozialismus wie alle öffentlichen Organisationen nach sogenanntem Führerprinzip verwaltet wurden. Weiterhin sind diese Wahlen rein politisch orientiert, d. h. es wurden im Unterschied zu den Gemeindevahlen nur die 4 demokratischen Parteien zur Einreichung von Wahlvorschlagslisten zugelassen. Es gibt also neben den Listen der politischen Parteien keine Wählergruppen sowie keine Listenverbindung. Auch sind die Wähler an die Listen gebunden. Streichungen von Bewerbern und Einsetzung anderer Personen auf dem Stimmzettel sind unzulässig. Dadurch sollen die Wähler veranlaßt werden, ihre Einstellung zu den zugelassenen demokratischen Parteien eindeutig zum Ausdruck zu bringen. Endlich gewinnen die Wahlen zur Kreisversammlung dadurch eine ganz besondere politische Bedeutung, daß aus diesen Kollegen ein Ausschuss gewählt werden soll, der als Landesbeirat mit beratenden Funktionen eine Art Vorparlament darstellen wird. Damit gehen diese Wahlen in ihren politischen Auswirkungen weit über den Rahmen gewöhnlicher Kreiswahlen hinaus. Es muß daher von jedem Wähler erwartet werden, daß er sich der politischen Tragweite dieser Wahlen bewußt wird und dies durch

seine Beteiligung an der Wahl zum Ausdruck bringt.

Gewählt werden — und zwar auf die Dauer von 2 Jahren — die Mitglieder der Kreisversammlung, deren Zahl je nach der Einwohnerzahl des Kreises zwischen 12 und 36 liegt. Eine Besonderheit gegenüber der bisherigen Organisation besteht darin, daß die Stadtkreise in den sie umschließenden Landkreisen einbezogen werden und mit diesem eine gemeinsame Kreisversammlung wählen. Es erhalten also die Stadtkreise Freiburg und Konstanz mit den gleichnamigen Landkreisen, der Stadtkreis Baden-Baden mit dem Landkreis Rastatt unter dem Vorsitz des jeweiligen Landrats eine gemeinsame Kreisversammlung. Dadurch werden auch die wahlberechtigten Einwohner der Stadtkreise an den Kreiswahlen beteiligt.

Die Voraussetzungen für das Wahlrecht und die Wählbarkeit sind die gleichen, wie bei den Gemeindevahlen. Auch die Abstimmung spielt sich in den gleichen Formen ab, wie dies bei den Gemeindevahlen der Fall war. Die für die Gemeindevahlen ausgeteilten Wählerkarten sind mitzubringen. Es dürfen nur die amtlichen Stimmzettel benutzt werden, die in den Wahlräumen aufgelegt. Jede Änderung am Stimmzettel macht die Stimmabgabe ungültig. Ebenso dürfen nur die amtlichen Wahlumschläge benutzt werden. Da in allen Kreisen die 4 politischen Parteien Wahlvorschlagslisten eingereicht haben, wird überall nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt, d. h. die Bewerber der Wahlvorschlagsliste gelten im Verhältnis der auf sie entfallenden Stimmen als gewählt. Ein zweiter Wahlgang erübrigt sich dadurch.

Druck und Verlag: Ernst Kromm, Baden-Baden
Redaktion: L. Zaeschner, Dr. H. F. Geiler
Anzeigenleit.: Anni Götting, Böhlcher Geschäftsstelle: Hauptstr. 80, Acherner Geschäftsstelle: Hauptstr. 87